



für ver.di Aktive an Saar und Blies

Ausgabe 4/26 (Nr. 51) am 17. Februar 2026



Wir wählen am 12. März:

Kommt zur Hauptversammlung

Der Ortsverein Saar-Blies wurde am 18. Juli 2023 gegründet. Nun findet am 12. März 2026 unsere Mitgliederversammlung im Rahmen der Organisationswahlen statt. Auf der Tagesordnung steht die Rechenschaftslegung und die Neuwahl des Regionalvorstandes für insgesamt 29.771 Mitglieder.

Auf den Mitgliederversammlungen werden betriebliche, tarifliche und auch allgemeine politische Themen diskutiert und Positionen entwickelt. Unser Ortsverein steht allen Interessierten offen,

trotzdem haben wir als Ortsverein uns auch an die Satzung zu halten. Und die legt fest, dass wir einen Vorstand zu wählen haben, und dass wir als Mitgliederversammlung auch Anträge an die Organisation stellen können.

Der Bezirksvorstand hat beschlossen, dass unser Vorstand aus 12 Kolleginnen und Kollegen bestehen wird, dann müssen sieben Kolleginnen sein (= 58,3 %), da 16.623 unserer Mitglieder weiblich (55,8 %) sind.

Jedes ver.di-Mitglied, das aus dem Saarland kommt, kann mitbestimmen und sich wählen lassen. Der Ortsverein ist die erste Ebene in ver.di, wo sich alle Gruppen und Fachbereiche zusammentreffen. Gleichzeitig beginnen auch die Versammlungen in den Betrieben. Es folgen dann die Fachbereichskonferenzen und auf der Ebene die Bezirkskonferenz.



Am Ende des Geldes ist noch viel Monat übrig

Die dritte Verhandlungsrunde im Tarifstreit des Öffentlichen Dienstes der Länder brachte am Samstag morgen einen Kompromiss, der jetzt unter den Betroffenen diskutiert wird. Viele sind unzufrieden. Die Frage ist aber, ob man mit dem schlechten Organisationsgrad mehr durchsetzen kann. Das Verhandlungsergebnis: Zum 1.4.26 gibt es 2,8 Prozent, mindestens 100 Euro, zum 1.3.27 um 2,0 Prozent und zum 1.1.28 um 1 Prozent mehr. Die Zulagen für Schicht- und Wechselschichtarbeit steigen und die Ausbildungsentgelte erhöhen sich um 150 Euro. Der Tarifvertrag läuft über 27 Monate. Das Ergebnis weicht deutlich von den Forderungen ab. „Die Verhandlungen mit den Ländern waren schwierig wie lange nicht mehr“, sagte ver.di-Vorsitzender Frank Werneke. „Am Ende steht ein Ergebnis auf dem Niveau des Tarifvertrages für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen aus dem vorigen Jahr. Damit halten die Länderbeschäftigten Anschluss an das Lohnniveau ihrer Kolleginnen und Kollegen.“

Für uns ist Susanne Reimer-Jahr von den Unikliniken in Homburg in der Bundestarifkommission für den Öffentlichen Dienst. Die OP-Schwester ist an der Uniklinik Mitglied im Personalrat und Aufsichtsrat. Schließlich hat sie auch die Funktion der Vorsitzende im Landesfachbereichsvorstand Gesundheit, Soziale Dienste, Bildung und Wissenschaft im Landesbezirk Rheinland-Pfalz-Saarland inne. Am 10. Februar hielt sie auf der Streikkundgebung in Saarbrücken eine Rede, die wir hier dokumentieren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Mein Name ist Susanne Reimer-Jahr. Ich bin Krankenschwester im OP an den Universitätskliniken in Homburg und ich bin auch Mitglied in der Bundestarifkommission der Gewerkschaft ver.di.

Die rund 100 Mitglieder der BTK öD kommen aus der ganzen Republik. Wir sind zuständig sowohl für die Forderungsfindung, die Forderungsaufstellung als auch für die finale Bestätigung des Verhandlungsergebnisses.

Soweit zur Info. Und jetzt zu meinen Gefühlen. Und ich bin sauer. Ja, ich bin wütend. Und ich will Euch erzählen warum. Der Reihe nach.

Auszubildende der Uniklinik haben einfallsreich auf ein Schild „MAGA“ geschrieben. Sie meinten damit „Make Anstalt Great Again“. Anstalt so bezeichnen wir Beschäftigte die Uniklinik ironisch und so haben wir auch unsere ver.di-Betriebszeitung genannt.

Also, wir möchten, dass die Uniklinik wieder groß wird. Was meinen wir denn damit?

Das Universitätsklinikum des Saarlandes in Homburg bietet als Maximalversorger mit 41 Fachkliniken und Instituten ein umfassendes medizinisches Leistungsspektrum.

Das UKS ist zudem ein führender Standort für Forschung und Lehre der Medizinischen Fakultät. UKS das sind 6.300 Beschäftigte, davon etwa 3.000 in Pflege und Funktionsdiensten. Das sind 50.000 stationäre und 260.000 ambulante Fälle pro Jahr. Das Schulzentrum des Universitätsklinikums des Saarlan-



des zählt seit mehr als einem halben Jahrhundert zu den führenden Anbietern von Aus-, Fort- und Weiterbildungen im Saarland und dem Südwesten der Republik. Hier werden über 700 Ausbildungsplätze sowie 142 Weiterbildungsplätze gezählt.

Kolleginnen und Kollegen!

Ich finde, wir sind schon verdammt groß und Great. Oder? Aber, ich bin noch nicht am Ende.

Während Corona haben wir die Intensivkapazitäten hochgefahren und zusätzliche Intensivpatienten aus anderen europäischen Ländern aufgenommen.

Wir haben Hochleistungsmedizin zu erbringen und wir sind zentraler Knoten für die Vernetzung mit an-



deren Kliniken und Praxen.

Die Landesregierung nennt uns das Rückgrat. Ja, wir übernehmen deutlich mehr Aufgaben über die normale Maximalversorgung hinaus und wir sichern die Behandlung besonders komplexer Fälle. Der Minister Jung spricht von der „Leuchtturmfunktion des UKS“. Reicht das zur Info?

Ich will hier keine Reklame für das UKS machen, will uns nicht über irgendwen erheben, ich will nur feststellen, dass offensichtlich unumstritten ist, dass das UKS und seine Beschäftigten wichtig und zentral für die Gesundheitsversorgung dieses Landes sind. Ja, dieses Rückgrat ist wichtig.

Aber wenn wir doch so groß und wichtig sind, warum meinen dann die Auszubildenden, man müsse diese Anstalt wieder groß machen?

Die Kliniken mögen zwar groß sein, unsere Leistungen vielleicht noch größer, aber, das was wir am Monatsende rausbekommen, ist verdammt klein.

Am Ende des Geldes ist noch viel Monat übrig.

Kann mir wer erklären, warum wir, wenn wir doch so wichtig sind, einen schlechteren Tarifvertrag haben

als unsere Kolleginnen z.-B. hier in Saarbrücken auf dem Winterberg oder auch im Kreiskrankenhaus St. Ingbert?

Wer Spitzenmedizin erwartet, muss auch Spitzenarbeitsbedingungen bieten. Es ist nicht vermittelbar, dass Beschäftigte an Universitätskliniken schlechter bezahlt werden sollen als in kommunalen Krankenhäusern.

Im TVöD sind die Entgelte oft höher als im TV-L.



Warum haben wir geringere Zulagen?

Für die Arbeit an Sonn- und Feiertagen haben die kommunalen Kolleginnen jeweils in ihrem § 6.1 eigene Schutzbestimmungen für die Beschäftigten: Demnach wird die Arbeitszeit an einem gesetzlichen Feiertag, der auf einen Werktag fällt, durch eine entsprechende Freistellung an einem anderen Werktag ausgeglichen oder sie erhalten 100 Prozent Zuschlag.

Für Beschäftigte in Schicht- oder Wechselschichtdienst vermindert sich durch einen gesetzlichen Feiertag, der auf einen Werktag fällt, die Wochenarbeitszeit in jener Woche um ein Fünftel. Dabei ist es gleichgültig, ob sie an jenem Tag zur Arbeit einge-



setzt sind oder aber dienstplanmäßig frei haben. Außerdem erhalten Beschäftigte, die regelmäßig an Sonn- und Feiertagen arbeiten müssen, innerhalb von zwei Wochen zwei arbeitsfreie Tage, wovon mindestens einer auf einen Sonntag fallen soll.

Unsere Forderungen liegen auf dem Tisch.

Neben der zentralen ver.di-Forderung nach sieben Prozent mehr Geld, mindestens aber 300 Euro sollen, auch die Zuschläge für Arbeit zu ungünstigen Zeiten, zum Beispiel nachts, um 20 Prozentpunkte erhöht werden. Wir erwarten, dass die Schicht- und Wechselschichtzulagen auf das Niveau des Tarifvertrags für den öffentlichen Dienst (TVÖD) angehoben werden. Und wir wollen eine stufengleiche Höhergruppierung. Das kennt der TVÖD, warum wir nicht? Die TdL hat unsere Forderungen zurückgewiesen.

Wir an der Uniklinik in Homburg sind stinksauer, dass



wir dauerhaft schlechter gestellt werden sollen als unsere Kolleg*innen an kommunalen Krankenhäusern. Wir wollen den Anschluss an den TVÖD nicht verlieren.

Fragt sich doch, warum sind die Bedingungen schlechter in Homburg oder allgemeiner, warum geben uns die Länder nicht die gleichen Bedingungen wie die Kommunen?

Erinnert ihr Euch noch an 2006? 2005 kam es bei den Kommunen und dem Bund zu dem Tarifvertrag TVÖD, der den damaligen BAT ablöste. Wir waren plötzlich ohne Tarif, sie wollten weniger bezahlen und die 42 Stunden-Woche einführen. Der Kampf um den Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder im Jahr 2006 gilt als einer der längsten und härtesten Arbeitskämpfe in der Geschichte der Bundesrepublik.

Da die Länder den TVÖD ablehnten, mussten die Gewerkschaften einen völlig neuen Flächentarifvertrag sowie die Abwehr von Verschlechterungen wie die 42-Stunden-Woche erzwingen. Im Jahr 2006 fand an der Universitätsklinik des Saarlandes in Homburg einer der massivsten Arbeitskämpfe seiner Geschichte statt, der den Weg für den heutigen TV-L ebnete. In Homburg wurde wochenlang im Rahmen des Erzwingungsstreiks gestreikt. Das UKS war einer der zentralen Streikschwerpunkte im Südwesten, da hier die Auswirkungen durch verschobene Operationen und Notdienstpläne besonders sichtbar waren. 111 Tage streikten wir damals und nur deshalb haben unsere Kolleginnen und Kollegen einen Tarifvertrag. Und nur deshalb müssen sie heute nicht 42 Stunden arbeiten.

Freiwillig hat man uns nichts gegeben. Fair, liebe Freunde, das ist für die Herren Minister noch nie der Maßstab gewesen. Das Ergebnis ist eine Machfrage. Und wir konnten uns einen Tarifvertrag erkämpfen und seitdem hinken wir dem TVÖD hinterher, aber immerhin, wir hinken.

Und erinnert ihr Euch an den 19. September 2018 als wir in Homburg einen Vertrag zur Entlastung erkämpften? Nach jahrelangen Verhandlungen, Protesten, Demonstrationen und Gerichtsverfahren, nach einem Verhandlungsmarathon in der Nacht, nachdem die Beschäftigten in einer Urabstimmung mit 97,87 Prozent sich für einen unbefristeten Erzwingungsstreik ausgesprochen hatten. Nur dieses massive Votum war das Druckmittel, das die Klinikleitung schließlich zur Einigung in „letzter Minute“ bewegte. Das UKS hat mit der Entlastungsvereinbarung von 2018 Standards gesetzt, die erst später an anderen Standorten aufgegriffen wurden. Das UKS war das erste Klinikum bundesweit, das einen individuell einlagbaren Belastungsausgleich einführte.



Was lernen wir daraus? Wir haben noch nie etwas geschenkt bekommen Und unser Tarifvertrag ist stets nur so gut, wie wir bereit sind, dafür zu kämpfen.

Wir sind stets in der Phalanx des Flächentarifvertrages geblieben, weil wir solidarisch sind mit den Kolleginnen im Länderbereich. Aber, wenn sie versuchen uns das Fell über die Ohren zu ziehen, dann erinnert Euch, geschätzte Landesregierung hört zu, an 2006 und an 2018.

Diese Uniklinik kann kämpfen. Wollt ihr wirklich, dass wir den Tarifvertrag kündigen und uns etwas Besseres erkämpfen? Ich für meinen Teil bin nicht länger bereit, immer den Ergebnissen des TVÖD hinterherzulaufen.

Wir brauchen das Geld. Die Preissteigerungen der vergangenen Jahre, die immer höhere Preise für Lebensmittel, fürs Wohnen, fürs Heizen und für Energie, all das lässt unsere Löhne schrumpfen. Kein Angebot der Länder, das ist kein Respekt für unsere Arbeit.

Der vorgeschlagene „Lösungskorridor“ macht uns nicht froh. Ausgleich der Inflation und „einen Schnaps obendrauf“ – das ist lächerlich. Mit einem kleinen Schnäpschen sind wir an der Uniklinik nicht zufrieden zu stellen. Alkohol brauchen wir im Gesundheitswesen nur zum Desinfizieren!

Die Laufzeit: 29 Monate ist unmöglich. Sie wollen Nullmonate und einen Mindestbetrag lehnen sie ab.

Und was ist die Begründung? Sie behaupten, dass wir uns diesen Sozialstaat nicht mehr leisten können.

Was wir uns aber gerade leisten können, sind Reiche, die immer reicher werden. Das Gesamtvermögen aller Milliardäre in Deutschland stieg 2025 um



30% auf 840,2 Milliarden US Dollar. Die Mediangehälter der CEOs stieg zwischen 2019 und 2024 30 mal so stark wie die Reallöhne.

Und dann ist da der Rüstungshaushalt, der alles bisherige in den Schatten stellt. Für den Krieg und die Gewinne der Rüstungskonzerne ist immer Geld da oder wie der Bundeskanzler zu sagen pflegt: „whatever it takes“. Es ist die Aufrüstung, die die Haushalte unter Druck setzen. Es gibt da einen Zusammenhang zwischen dem Sinken der Reallöhne, Inflation und Aufrüstung und Geopolitik. Mit der gigantischen Aufrüstung ist verbunden, dass für uns kein Geld da ist. Das kann nicht unsere Zustimmung finden! Das Geld



ist nicht weg, es ist nur woanders.

Wir am UKS brauchen bessere Bedingungen, brauchen mehr Gehalt und bessere Arbeitsbedingungen, sonst wird das nichts mit den schönen Plänen für die Uniklinik. Schon jetzt ist es unter diesen unfairen Bedingungen schwierig Personal am Klinikum zu halten bzw. zu gewinnen, schon jetzt müssen Kliniken Betten sperren und Leistungen einschränken, weil das nötige Personal fehlt.

Es gibt nur einen Weg. Wenn die Arbeitgeber jegliche Wertschätzung am Verhandlungstisch vermissen lassen, dann können wir nur durch Kampf unsere Lage verbessern.

Das sind meine Gedanken und meine Gefühle. Danke, dass ich sie mit Euch teilen durfte. Zusammen geht mehr. Glückauf!

Abschließend bedankte sich Kolleginn Susanne noch bei ihren Kolleginnen, die am Streiktag im Notdienst arbeiteten und deshalb nicht am Streik teilnehmen konnten.

Nach ihrer Rede schilderten Auszubildende des UKS noch ihre konkrete Situation.



Sei dabei!

ver.di unterstützt Ostermarsch Saar 26

Der ver.di Bezirk Region Saar-Trier ruft auf, sich am Ostermarsch Saar am Ostersonntag in Saarbrücken zu beteiligen. Am 11.2. beschloss auch der Vorstand des Ortsvereins zum Ostermarsch aufzurufen. Wir treffen uns am 4. April um 11:45 Uhr vor der Johanneskirche.

Krieg und Aufrüstung lassen immer mehr Menschen um ihre Zukunft bangen. Unsere Regierung setzt auf eine Politik der militärischen Stärke und Konfrontation, anstatt im Dialog Rüstungskontrolle und die Gewährleistung gegenseitiger Sicherheitsgarantien zu erarbeiten. Diese Militarisierung steigert die Kriegsgefahr und entzieht uns die Grundlage für ein solidarisches Miteinander. Eine der Folgen wird die Abschaffung unseres Sozialstaates sein. Diese Hochrüstung blendet die Herausforderungen des Klimawandels aus. Es bedarf konsequenter Sicherheitsgarantien für unseren Globus! Wir fordern die Stärkung der UNO und der OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) und die strikte Einhaltung des Völkerrechts!

Der Krieg in der Ukraine dauert weiter an, im Palästina/Israel-Konflikt hoffen die Menschen auf einen wirklichen Waffenstillstand. Ein nachhaltiger Friedensschluss im Interesse aller dort lebenden Menschen ist dringend notwendig.

Die ab Herbst bei uns ins Deutschland geplante Stationierung von US-Mittelstreckenwaffen mit großer Reichweite und extrem kurzer Flugzeit in Kombination mit einer unübertroffenen Zielgenauigkeit erhöht die Gefahr eines Atomkriegs. Sie macht Deutschland zum Ausgangspunkt eines möglichen Atomkriegs und damit zum Ziel eines Präventiv- oder Gegenschlags. Diese Stationierung muss verhindert werden! Wir unterstützen den Berliner Appell gegen die neuen Mittelstreckenwaffen! Die Konfrontation zwischen der NATO und Russland hat eine nie dagewesene Aufrüstung in Gang gesetzt. Diese Hochrüstung führt zu Kürzungen in allen Bereichen, die für das Leben wichtig sind: Gesundheit, Bildung, Soziales, Ökologie

Internationales Treffen gegen Faschismus und Krieg am 21. Juni 2026

Gewerkschaftliche Friedensfahrt mit
dem Bus nach Metz und Boulay
mit
internationaler Kundgebung
mit Rednern aus Frankreich, Luxemburg und Deutschland

ver.di OV Saar-Blies
Anmeldung ab bei Michael@Quetting.de

und zivile Infrastruktur. Nutznießer der Hochrüstung ist die Rüstungsindustrie. Die Militärausgaben der 32 NATO-Staaten liegen aktuell bei 1,3 Billionen Euro. Das ist mehr als die Hälfte der gesamten Weltrüstung. Schon heute hat Deutschland das weltweit viertgrößte Militärbudget. Der Haushalt weist für das Militär im laufenden Jahr 2026 einen Etat von 82,69 Milliarden Euro aus, 25,51 Milliarden Euro kommen aus dem sogenannten Sondervermögen hinzu, so viel wie nie zuvor. Das geplante 5%-Ziel der NATO-Staaten würde bedeuten, dass ab 2035 jährlich 215 Mrd. Euro für Rüstung und Militär ausgegeben werden sollen. Das ist annähernd jeder zweite Euro des Bundeshaushaltes.

Beteiligt Euch am Ostermarsch Saar.



Streik am 2. Februar:

Busse und Saarbahn standen still

Tausend Streikende des kommunalen Nahverkehrs aus dem Saarland und Rheinland-Pfalz trafen sich am 2. Februar in Saarbrücken.

Nachdem die erste Verhandlungsrunde zwischen ver.di und dem Kommunalen Arbeitgeberverband Saar ohne Angebot der Arbeitgeberseite beendet wurde, rief ver.di ab Sonntag, 1. Februar um 22:00

in Rheinland-Pfalz hatte eine Verhandlungsrunde mit dem dortigen KAV ebenso zu keinem Ergebnis geführt. Deswegen rief ver.di zu einem gemeinsamen Streik im Saarland und in Rheinland-Pfalz auf. Am Montag, dem 2. Februar stand Saarbrücken ganz im Zeichen der Streikenden, mehrere Demozüge mit über 1.000 Teilnehmern trafen sich auf dem Rathausplatz zur Kundgebung. Der Ortsverein war selbstverständlich dabei und übte Solidarität.

Die Auswirkungen der Arbeitskampfmaßnahmen waren in vielen Teilen des Landes durch Verspätungen



Uhr, zu Streiks im kommunalen Nahverkehr auf. Auch



und Ausfälle spürbar.

„Die Arbeitgeber waren in der Verhandlungsrunde nicht bereit, auf die berechtigten Forderungen der Kolleginnen und Kollegen einzugehen. Deshalb müssen wir unseren Forderungen jetzt Nachdruck verleihen“, stellte Janosch Fegert, Gewerkschaftssekretär der Fachgruppe Busse und Bahnen, fest.

Die ver.di-Tarifkommission vertritt die Interessen von rund 1.000 ver.di-Mitgliedern im saarländischen Nahverkehr. In den Verhandlungen fordert sie deutliche Verbesserungen der Arbeitsbedingungen sowie Entgelte, die eine verlässliche Existenzsicherung ermög-





lichen. Grundlage der Existenzsicherung sollte sein, dass Beschäftigte mit ihrer Arbeit mindestens einen Rentenpunkt im Jahr erreichen können. Auf dem Gustav-Regler-Platz in Saarbrücken sprachen

Stunden angehoben werden. Seit November läuft in allen Bundesländern die Tarifrunde für knapp 100.000 Beschäftigte in 150 städtischen Verkehrsunternehmen und Busbetrieben.



chen die Vertreter der verschiedenen Verkehrsbetriebe. Erfrischend kämpferisch und sehr selbstbewusst die Rede unseres Geschäftsführers Christian Umlauf. ver.di fordert unter anderem 10,6 Prozent mehr Lohn und bessere Arbeitsbedingungen – beispielsweise soll die Ruhezeit zwischen zwei Diensten auf elf

„Die finanzielle Situation der Kommunen darf nicht auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen werden“, betont Janosch Fegert. Er verweist zugleich auf die Bedeutung des ÖPNV für die öffentliche Daseinsvorsorge: „Der öffentliche Personennahverkehr ist ein Grundpfeiler der öffentlichen Daseinsvorsorge. Wenn wir ihn sicher und zukunftsfähig gestalten wollen, geht das nur mit Wertschätzung für die Beschäftigten.“



Gute Arbeitsbedingungen, faire Entgelte und spürbare Entlastungen seien keine überzogenen Forderungen, sondern die Grundlage für einen verlässlichen und leistungsfähigen Nahverkehr.



Frist abgelaufen

Die Beschäftigten in OP und Anästhesie der SHG-Kliniken in Völklingen haben am 21. Januar dem Verwaltungsdirektor ein Ultimatum gestellt. Heute läuft das Ultimatum ab und noch hat die SHG nicht reagiert.

Die Kolleginnen sind unzufrieden mit der eingeführten Regelung zum außertariflichen Zulagenwesen. Insbesondere die neu erfundene Sanktion der Kürzung der Zulagen bei krankheitsbedingtem Ausfall löst massive Kritik aus.

Neben der Tatsache, dass die monetären Kürzungen nicht gerecht erfolgen, führt die Regelung dazu, dass Kolleg*innen vermehrt darüber nachdenken, ihre Arbeit aufzunehmen, obwohl keine vollständige Arbeitsfähigkeit besteht, um den Kürzungen zu entgehen.

Das erscheint besonders bedenklich, da der chronische Mangel an Stammpersonal ohnehin seit langer Zeit regelmäßig zu Überlastung führt bei gleichzeitiger Mehrbelastung durch die Bereitstellung weiterer OP-Kapazitäten, für die keine ausreichenden perso-



nellen Ressourcen da sind.

Die Kolleginnen und Kollegen beauftragten die ver.di-Sekretärin Lisa Summkeller folgende Forderungen zu übermitteln.

- Zahlung einer Belastungszulage an jede*n Beschäftigte*n in OP und Anästhesie in Höhe von monatlich 200 Euro,
- Zahlung einer Zulage pro tatsächlich geleisteten Bereitschaftsdienst in Höhe von 75 Euro,
- „Bezahlter Ausschlaftag“ im Anschluss an den Bereitschaftsdienst,
- Verbindliche personelle Mindestbesetzung pro Saal / Arbeitsbereich,
- Bezahlte Pause im Bereitschaftsdienst.

Die Kolleginnen und Kollegen haben angekündigt bei keiner Verhandlungsbereitschaft ab dem 18. Februar bestimmte sogenannte „freiwillige Leistungen“ nicht mehr zu erbringen. Folgende Arbeiten werden sie nicht mehr verrichten:

- Einspringen in der Vollarbeit an dienstplanmäßig



freien Tagen,

- Übernahme von dienstplanmäßig nicht vorgesehenen Bereitschaftsdiensten, die vakant sind / werden,
- Erledigung delegierter Tätigkeiten, zu deren Ausübung keine Verpflichtung besteht.

Die Kolleginnen und Kollegen im Krankenhaus Völklingen wurden schon bundesweit 2012 wegen eines erfolgreichen Ultimatums bekannt. Damals wurde sich gestritten, ob die Umkleidezeit Arbeitszeit ist. Der Arbeitgeber erklärte, man müsse die Arbeitskleidung nicht anziehen. Da drohten die Kolleginnen und Kollegen im Pyjama zur Arbeit zu kommen. Schon hatte sich die bundesweite Presse zum Ende des Ultimatums angekündigt, um das Ereignis festhalten zu können. Der Wirbel war groß und der damalige Geschäftsführer musste ein Machtwort sprechen. Die Klinikleitung gab nach.



Quo vadis Transformation?

Die Leiterin der Abteilung Wirtschaftspolitik der Arbeitskammer des Saarlandes war zu Gast beim Ortsverein Saar-Blies. Thema des Abends: „Stand und Probleme der Transformation aus Sicht der abhängig Beschäftigten“.

Es war nicht das erste Mal, dass sich der Ortsverein mit dem Thema Transformation beschäftigte. Und so konnte Vorsitzender Rainer Tobae gleich in die aktuellen Problemlagen hineintauchen. Die Lage im Saarland ist wahrlich nicht rosig. Alleine im vergangenen Jahr wurden hierzulande über 5.000 Industriearbeitsplätze vernichtet, seit 2014 sind es über 16.000. Stahlindustrie, Automobilindustrie und Automobilzuliefererindustrie sind in einer tiefen Krise.



Carina Webel thematisierte sehr eindrucksvoll die Rahmenbedingungen zu Dekarbonisierung und Digitalisierung und zog eine nüchterne und ehrliche Bilanz. Sie beschrieb die Ängste der Menschen vor Überforderung und benannte die Handlungsansätze der Landesregierung.

In der Diskussion ging es dann auch um die Frage, ob wir als Gewerkschaften in Kenntnis der Rahmenbedingungen schon die richtige Strategie anwenden. Rainer Tobae vermisst Diskussionsmöglichkeiten bzw. Foren, um bestimmte Erscheinungen und Probleme bewerten zu können.

Während ganze Belegschaften um ihre Existenz bangen, preisen viele, so auch die Landesregierung, die Rüstungsindustrie als Lösung an. Statt Züge für

den Nahverkehr oder Windkraftanlagen zu bauen, setzt man plötzlich auf Rüstungen weil einige hochfliegende Pläne nicht wie geplant aufgegangen sind. Referentin und Diskutanten betonten, dass Rüstung keinen Wohlstand schaffen würde. Die Finanzierung der Rüstungsindustrie führe zu einer verschärften Umverteilung von unten nach oben, betonten mehrere Kollegen. Das seien schließlich die Folgen der Einschnitte in soziale Sicherungssysteme, Gesundheits- und Bildungswesen sowie Umwelt- und Klimaschutz.

Dabei sei der wirtschaftliche Nutzen ohnehin fraglich, meinten übereinstimmend Carina Webel und Rainer Tobae. Der Blick auf den Multiplikatoreffekt zeige, dass Militärausgaben nur einen geringen Effekt haben, da sie weitgehend von den realen Bedürfnissen der Gesellschaft entkoppelt sind. Dierk Hirschel, Bereichsleiter Wirtschaftspolitik bei der Gewerkschaft ver.di, betont das auch immer wieder. Bei der Rüstung läge der Multiplikator bei rund 0,5 und bei Infra-



strukturinvestitionen betrage er 1,5 bis 2,0. Zwar könnten einzelne Rüstungskonzerne auf eine gewisse wirtschaftliche Dynamik und sprudelnde Profite hoffen, aber gesamtgesellschaftlich werden langfristig eher negative Effekte ausgelöst, bemerkte Kollegin Carina.

Kollegin Hannelore empfahl genauere Zahlen zu errechnen, um deutlich zu machen, dass mit dem gleichen Geld viel mehr sinnvolle Arbeitsplätze in der Daseinsvorsorge bzw. im Klimaschutz geschaffen werden könnten. Kollege Karl-Heinz gab zu bedenken, dass wir stets die Verursacher benennen müssen und nicht den Kollegen einen Vorwurf machen dürfen, die jetzt froh sind, wenn sie in einem Rüstungsbetrieb Arbeit finden. Er betonte, dass die Bedingungen, unter denen Transformation stattfindet,





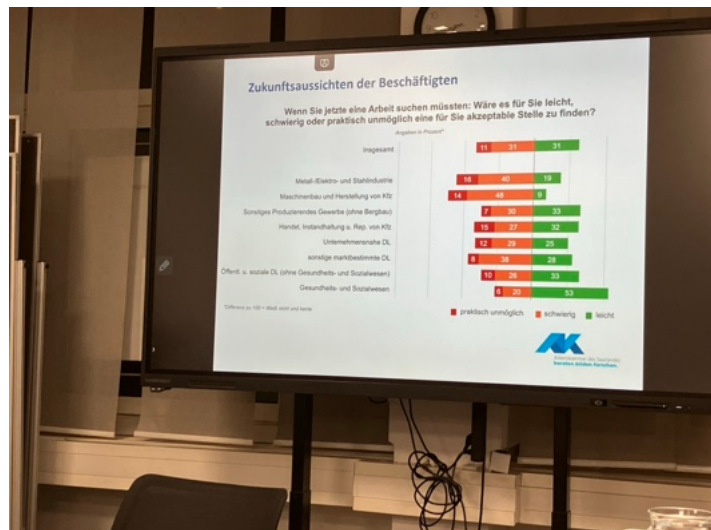
stark durch bestehende Eigentums- und Machtverhältnisse geprägt sind.

Veränderungen geschehen meist nur dort, wo sie den Interessen der Kapitalverwertung dienen, meinte Ernst-Rainer. Alle unterstrichen deshalb die Bedeutung der Mitbestimmung.

Carina bedauerte, dass die Anzahl der Beschäftigten in mitbestimmten Betrieben rückläufig sei, Ernst-Rainer und andere forderten mehr in Richtung umfassender Wirtschaftsdemokratie zu denken und Michael sprach von der Notwendigkeit der Vergesellschaftung. Man müsse zumindest wichtige wirtschaftliche Entscheidungen der Logik von Profit und Markt entziehen und diese demokratisch organisieren. Dies wäre nach Landesverfassung auch möglich.

Alle Diskutanten forderten, die Transformation an den Bedürfnissen der Gesellschaft auszurichten. Man müsse den Wandel demokratischer und sozialer gestalten. Man vermisse oftmals deutliche Zielvorstellungen bei der Investitionsförderung. Man erwarte, dass die Landesregierung klare Kriterien für sozialpolitische und ökologische Orientierung aufstellt und ihr Handeln danach ausrichtet.

Der OV will an der Fragestellung weiter arbeiten. Vorsitzender Rainer Tobae kündigte dazu auch einen Antrag für die Mitgliederversammlung an.



Epstein

Verkommene Eliten

„Eins, zwei, drei, vier, Epstein. Alles muss versteckt sein. Hinter mir und vor mir gilt es nicht, und an allen Seiten nicht: Eins, zwei, drei – ich komme jetzt!“ So der Kabarettist Peter Grohmann in „Wettern der Woche“.

„Eins, zwei, drei, vier Epstein ist die inoffizielle Hymne einer globalen Oberschicht, die weiß, wie man sich versteckt: Mal hinter Büschen im Hinterhalt, mal unter Betten, mal hinter Anwälten, Stiftungen, Fluglisten, Regierenden, Trusts, dem Datenschutz. Klappe zu – Affe tot, wie Jeffrey Epstein.“

Und: „Epstein ist das Schaufenster des freien Westens, dort, wo Geld, Macht und komplette Verwahrlosung eine enge Wohngemeinschaft bilden. Wer mächtig genug ist, muss nichts erklären – er lässt erklären, wer elitär genug ist, muss keine Verantwortung übernehmen – er lässt verschwinden. Wenn es sein muss, die Opfer, die Zeugen.“

Grohmann lebt in Stuttgart, ist Schriftsteller und Kabarettist und arbeitet u.a. für die Wochenzeitung Kontext, die TAZ und diverse andere Medien. Grohmann hat das Bürgerprojekt Die AnStifter gegründet, heute eine der großen zivilgesellschaftlichen Gruppen mit dem Schwerpunkt „gegen Gewalt und Vergessen“. https://dewiki.de/Lexikon/Peter_Grohmann

Vormerken:

Ulrike Eifler kommt im Mai

Was tun gegen Umverteilung nach oben, massive Angriffe auf den Sozialstaat, die Militarisierung des Alltags und den Rüstungswahnsinn?

Diese Frage stellt Ulrike Eifler in ihrem neuen Buch „Gewerkschaften in der Zeitenwende“- Unser Ortsverein hatte die Gewerkschaftskollegin, Journalistin, Schriftstellerin und Politikerin schon einmal in Saarbrücken zu Gast. Sie hat damals einiges anstoßen können. Das ist für uns Anlass genug, sie wieder einzuladen. Wir können heute schon mitteilen, dass sie am Mittwoch, 13. Mai, bei uns zu Gast sein wird. (Donnerstag ist Feiertag).

Regionale Senioren treffen sich:

Rente - wie geht es weiter?

Am Montag, den 23.02.2026 um 10:00 Uhr treffen sich die ver.di-Senioren in der Arbeitskammer in Saarbrücken im kleinen Sitzungszimmer (Parterre) in der Fritz – Dobisch - Straße 6 in Saarbrücken Ihr Thema diesmal „Rente und Reformen, wie geht es weiter?“ Dazu konnten sie die Kollegin Myriam Lauzi aus Mainz gewinnen. Myriam ist Leiterin der Abteilung für Soziales u. Gesundheit beim DGB informiert uns über die neuesten Aktuell ist sie die Vorsitzende des Vorstandes der Deutschen Rentenversicherung in unserem Nachbarland Rheinland-Pfalz.

Gelesen und für interessant befunden:

Direkte Gespräche mit Putin

Angesichts einer US-Regierung, die zum Gegner mutiert, ist es dringend geboten, sich stärker zu engagieren. Und das heißt auch: Wege zu einem Ende dieses Krieges zu finden. Wegen mangelnder Fortschritte bei den Verhandlungen über ein Ende des Ukraine-Kriegs haben SPD-Politiker direkte Gespräche mit Russland ins Spiel gebracht.

Der außenpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Adis Ahmetovic, forderte eine neue Strategie. Dazu gehöre „auch die Klärung der Frage, auf welcher Ebene und durch wen der diplomatische Kontakt zu Russland gesucht werden soll“. Europa dürfe die Kontakte zu Russland nicht den USA überlassen.

Auch der Abgeordnete Rolf Mützenich forderte den Versuch direkter Gespräche.

Gelesen in der **Süddeutschen Zeitung** am 28.1.26



Personalmangel in Saar-Kitas

Nur jede 20. Kita im Saarland verfügt einer Studie zufolge über die empfohlene Personalausstattung. Das geht aus einer bundesweiten Studie der Bertelsmann-Stiftung hervor. Demnach entspricht die Personalausstattungsquote in lediglich fünf Prozent der Einrichtungen den fachlichen Empfehlungen, um die Voraussetzungen für eine qualitativ hochwertige Bildung, Betreuung und Erziehung zu gewährleisten, heißt es in der Studie.

Gelesen in der **Saarbrücker Zeitung** am 29.1.26

Gewerkschaften drohen

Die Gewerkschaft ver.di warnt „eindringlich vor den negativen Folgen des geplanten Streichens der tägli-

chen Höchstarbeitszeit“, erklärt der Bundesvorsitzende Frank Werneke (58) auf BILD-Anfrage. Durch die Pläne der Bundesregierung würde Arbeitgebern „ein Freibrief ausgestellt“, um aus überlasteten Arbeitnehmern „das Letzte rauszuholen“. Das Arbeitszeitgesetz lasse schon jetzt Flexibilität zu. Werneke kämpferisch: „Daran lassen wir als Gewerkschaften nicht rütteln. Wir sind bereit, für den Erhalt des Arbeitszeitgesetzes zu kämpfen – in den Betrieben und auf der Straße.“

Gelesen in **Bild** am 29.1.26

DGB-Rentenkommission

Der DGB will eine eigene Rentenkommission ins Leben rufen. Ziel sei es, einen umfassend tragfähigen Vorschlag für die Zukunft der Alterssicherung in Deutschland zu beraten. Die Kommission soll ein konsistentes Gesamtkonzept erarbeiten, das für alle Erwerbstätigen eine auskömmliche und verlässliche Rente gewährleistet.

Gelesen in **Unsere Zeit** am 30.1.26

JVA mit Pflegestation

Weil auch Gefangene im Alter pflegebedürftig werden, hat seit Januar dieses Jahres die Justizvollzugsanstalt Wittlich eine Pflegestation für Gefängnisinsassen.

Gelesen in der **Saarbrücker Zeitung** am 3.2.26

Milliardenauftrag für ZF

Beim angeschlagenen Autozulieferer ZF gibt es neue Zuversicht: Das Unternehmen hat mit der BMW Group einen langfristigen Liefervertrag für PKW-Antriebe abgeschlossen – in Milliardenhöhe. Für den Standort Saarbrücken könnte das ein wichtiger Lichtblick sein.

Gehört bei **Radio Salü** am 3.2.26

40.000 Fragebögen verschickt

Die Bundeswehr hat in den ersten vier Wochen des Jahres mehr als 40.000 Fragebögen an potentielle Rekruten verschickt. »Ja, es funktioniert, und wir haben auch schon viele Fragebögen zurückgekiegt«, sagte Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) am Dienstag beim Besuch der Otto-Lilienthal-Kaserne im fränkischen Roth.

Schon 2025 seien mehr als 25.000 neue Soldaten eingestellt worden. Das entspricht 23 Prozent mehr als im Vorjahr. Bis Jahresende 2026 sollen noch 20.000 „Freiwillige“ folgen.

Gelesen in der **Jungen Welt** am 4.2.26

Schweigeminute für toten Zugbegleiter

Auch am Bahnhof in Homburg ist am Mittwochmittag dem getöteten Zugbegleiter gedacht worden. Die Eisenbahngewerkschaft EVG hatte bundesweit zu einer Schweigeminute aufgerufen.

Am Hauptbahnhof in Frankfurt verharrten hunderte Bahnbedienstete Minuten lang schweigend in Gedanken an den getöteten Kollegen. Auch in Zügen beteiligten sich Passagiere an der Gedenkminute.

Gelesen im **SAARTEXT** am 4.2.26

Arbeitszeitgesetz:

Mit Macht für die Acht

Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) „kann sich vorstellen“, das Arbeitszeitgesetz abzuschaffen. Arbeitszeiten könnten künftig doch auch einfach tarifvertraglich geregelt werden. Der ver.di-Vorsitzende Frank Werneke kontert: Viele Kolleg*innen sind gar nicht zu Tarifstandards beschäftigt, sie wären damit der Willkür ihrer Arbeitgeber ausgeliefert. Gesetze wie das Arbeitszeitgesetz schützen vor Ausbeutung, stellen sicher, dass es Pausen und Erholung gibt: Wer diesen Schutz infrage stellt, öffnet Missbrauch Tür und Tor. Wir wissen, wie groß der Druck und die Belastung in Betrieben und Dienststellen ist, wir wissen, wie leicht das krank und fertig macht, deswegen sagen wir „Mit Macht für die Acht!“ und kämpfen zusammen für den Erhalt des Arbeitszeitgesetzes mit einer Regelarbeitszeit von maximal acht Stunden täglich.

6. März:

VVN zeigt Film im Kino 8 ½

Aus Anlass des Internationalen Frauentages zeigt die VVN-BdA am 6. März im Kino 8 ½ den Film „Olga Benario“. Der Eintritt ist frei.

Es gibt Lebensgeschichten, die sind so unglaublich, so fantastisch und so voller Geschichte und Geschichten, dass sie einfach dokumentiert werden müssen. Die Geschichte Olga Benarios ist eine davon, sie packt den Zuschauer und wirft ihn mitten in eine andere Zeit und andere Lebensumstände hinein. Galip Iyitanir hat in seinem Film Olga Benario – Ein Leben für die Revolution die Lebenslinien dieser faszinierenden Frau semi-dokumentarisch in Szene gesetzt.



Deutscher
Gewerkschaftsbund
Rheinland-Pfalz/Saarland

DGB

**DER DGB LÄDT EIN ZUM
FRÜHLINGSEMPFANG
2026**

DIENSTAG, 10. MÄRZ 2026
EINLASS: 16:30 UHR
BEGINN: 17:00 UHR

SAARRONDO
EUROPAALLEE 4A
66113 SAARBRÜCKEN

**Stark in
Arbeit.**

Internationaler Frauentag:

Feministisch und furchtlos

Weltweit demonstrieren Frauen am 8. März, dem Internationalen Frauentag, für mehr Rechte und gegen Diskriminierung, Benachteiligung und Unterdrückung von Frauen, auch in Deutschland.

Das Frauenbüro der Landeshauptstadt Saarbrücken hat gemeinsam mit dem FrauenForum Saarbrücken auch dieses Jahr ein umfangreiches Programm zum Internationalen Frauentag erstellen können.

Der Internationale Frauentag 2026 in Saarbrücken steht unter dem kraftvollen Titel „feministisch, furchtlos, fokussiert“ – drei Worte, die Haltung zeigen und Orientierung geben. Sie stehen für den Mut, bestehende Ungleichheiten klar zu benennen, für die Entschlossenheit, sich nicht einschüchtern zu lassen, und für den gemeinsamen Fokus auf echte Gleichstellung.

Den Frauenbeauftragten der Landeshauptstadt ist es ein Anliegen, Gleichstellung konsequent zu fördern und feministische Perspektiven zu stärken. Die ver.di-Frauen sind auch im FrauenForum aktiv, leider ist kein Programmpunkt der ver.di zum 8. März in der Broschüre aufgeführt.

Der DGB, die Arbeitskammer und der Frauenrat Saarland laden am 8. März um 11 Uhr in die Halle 4 in der Halbergstr. 4 unter dem Titel „Gleichstellung unter Druck - Zeit für klare Perspektiven im Saarland“ ein. Anmeldung ist beim DGB erforderlich: saar@dgb.de

Impressum:

Herausgeber: ver.di OV Saar Blies. Der Vorstand

ViSdP.: Christian Umlauf, Geschäftsführer ver.di Region Saar Trier
St. Johanner Str. 49 in Saarbrücken

<https://saar-trier.verdi.de/vor-ort/ortsverein-saar>

Kontakt: christian.umlauf@verdi.de

OV-Vorsitzender: Rainer.Tobae@web.de

Redaktion und Bestellung: Michael@Quetting.de

Fotos: Michael Quetting

Der Rundbrief erscheint als pdf